Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte. In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.
Für Inserate von Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.
Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34

Nr. 15. Dienstag 15. Januar 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Kolonialdirektor Dernburg wird auch in Hamburg auf Einladung der Handelskammer hin einen kolonialen Vortrag halten.

* Am Freitag findet in Dresden eine Versammlung der an der Elbschiffahrt beteiligten Handelskreise statt, um zur Frage der Schiffahrtsabgaben Stellung zu nehmen. (S. Dtschs. R.)

* Die „Nordd. Allg. Ztg." stellt das Recht des Sultans von Marokko, als eines unabhängigen Souveräns, unzweifelhaft fest, daß er seine Ratgeber frei wählen dürfe. Damit erledigen sich die französischen Einwendungen gegen die Berufung deutscher Offiziere. (S. Ausl.)

* Der Dampfer „Lucie Woermann" ist an der Togoküste gestrandet. (S. Neues a. a. W.)

* In der Berliner Holzindustrie haben die organisierten Unternehmer, die gegen 14 000 im Holzarbeiterverbande zusammengeschlossene Arbeiter beschäftigen, bis gestern mittag rund 75 Prozent der Arbeiter ausgesperrt. Der Rest wird in wenigen Tagen entlassen werden.

* Der abgesetzte Wali von Smyrna, Kiamil Pascha, ist aus Furcht vor der Ungnade des Sultans in das englische Generalkonsulat geflohen. (S. Ausl.)

* Der italienisch-serbische Handelsvertrag mit Viehseuchen-Konvention ist unterzeichnet.

Was Herr Lange sagt und was er verschweigt.

Wir haben schon unmittelbar nach der ersten Wahlrede des neuen sozialdemokratischen Kandidaten für Leipzig-Stadt, des Stadtverordneten, Lagerhalters Lange, in einem Leitartikel am Sonnabend früh dargelegt, daß er nach seinen Ausführungen einfach das sozialdemokratische Parteiprogramm als das seine anerkennt. Wir deuteten zugleich an, daß auch wenn Herr Lange als ein besonders gemäßigter Sozialdemokrat geschildert werde, dies für seine Tätigkeit im Reichstag ganz bedeutungslos bleibe. Die Parteidisziplin sorgt dafür, daß keiner der Genossen, die sich als zahme Sozialisten aufspielen, Seitensprünge machen, und das Schicksal der revisionistischen Bewegung innerhalb der Partei hat bewiesen, wie wenig selbst angesehenere Führer in dieser Partei als wie es Herr Lange ist, gegen die orthodoxe Richtung vermögen. Und dazu hat sich Herr Lange nicht einmal selbst zum Revisionismus bekannt. Wie würde sonst auch wohl das Mehringsche Organ in Leipzig für ihn eintreten!

Wohl aber hat Herr Lange den Versuch gemacht, eine Kandidatenrede zu halten, die — so viel Anfechtbares sie auch für jeden nichtsozialdemokratischen Beurteiler enthält, doch das Ziel verfolgte, das sozialdemokratische Programm auch bürgerlichen Kreisen möglichst annehmbar zu machen und die darum wie die Katze um den heißen Brei so um die Fragen herumging, bei denen sich der staatsfeindliche und antinationale Charakter der Partei offenbart. Die von der Volkszeitung veröffentlichte Rede Langes, die also doch wohl den vor jedem Mißverständnis geschützten Sinn gibt — bietet dafür reiches Beweismaterial.

Wir wollen uns nicht dabei aufhalten, daß Herr Lange Fragen, die überhaupt nur die Gemeindepolitik und die Landesgesetzgebung angehen, in eine für die Reichstagswahl bestimmte Rede verquickte. Dahin gehört z. B. das ganze Problem der Volksbildung, das Lange streifte. Damit hat der Reichstag nichts zu tun. Da wird also auch Herr Lange so wenig wie seine Partei im Reichstag etwas zu bessern vermögen und wenn er trotzdem das in sein Programm einschließt, so zeigt er nur, daß er das Arbeitsgebiet des Reichstages, in den er durch seine Wahl eintreten will, noch gar nicht einmal übersieht.

Wir wollen uns weiter auch nicht auf die politischen und historischen Schnitzer versteifen, die sich in Langes Rede vorfinden. Aber wenn er wieder einmal Prof. Delbrück zitiert, so möge er ihn nicht als liberalen Mann bezeichnen, der er gar nicht sein will, und wenn er den Spruch der unbotmäßigen Adligen: „Joachimke, Joachimke hüte di, fangen wir di, so hangen wir di" zitiert, dann wolle er ihn nicht wieder den Junkern am Anfang des 19. Jahrhunderts in den Mund legen, sondern ihn getrost vierhundert Jahre zurückdatieren.

Allein das sind Kleinigkeiten, die von uns nur deswegen gestreift werden, weil bei ähnlichen Fehlern auf bürgerlicher Seite kein Blatt diese mehr ausbeuten würde, als das hiesige sozialdemokratische Organ.

Wichtiger ist anderes.

Der sozialdemokratische Kandidat begann mit der alten trügerischen Behauptung seiner Partei, daß die gesamten Vorteile der wirtschaftlichen Entwicklung den Kapitalisten in Handel und Industrie zugute kommen und nicht den Arbeitern. Weshalb hat denn dann die Sozialdemokratie für die Caprivischen Handelsverträge gestimmt? Doch nur weil sie genau wußte, daß die durch sie erhoffte Förderung von Handel und Industrie zu einem guten Teil den Arbeitermassen durch vermehrte Arbeit und vermehrten Lohn zugute kommen werde! Und wenn die Sozialdemokratie gegen den neuen Zolltarif kämpfte, so hat sie es, wie aus all ihren Reden hervorging, nicht nur getan wegen der Furcht vor höheren Agrarzöllen, sondern, um zu verhüten, daß nicht Handel und Industrie und damit auch die Arbeiterschaft Schaden litte. Und wenn sich Herr Lange die Zeiten vergegenwärtigt, in der die Arbeiter hoffen können, durch Lohnbewegungen etwas zu erreichen, so wird er finden, daß das nur Zeiten sind, in denen die Industriellen verdienen, während in Zeiten industriellen Rückgangs Lohnbewegungen stets scheitern müssen. Das Brot der Arbeiter hängt von dem Fortschreiten der Industrie und des Handels ab. Was hier die Kapitalisten verdienen, kommt immer wieder den Arbeitern zugute. Es heißt darum, die Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn Herr Lange die Weisheit verkündet, wie es wörtlich in der Volkszeitung zu lesen steht: „die gesamten Vorteile der Entwicklung kommen den Kapitalisten in Handel und Industrie zugute und nicht den Arbeitern."

Gewiß ist es nur ein Teil, der den Arbeitern zufließt. Ihn auf legalem Weg sich zu vergrößern durch Lohnbewegungen, Arbeitskämpfe und Tarifverträge, das wird kein liberaler Mann den Arbeitern verwehren. Am allerwenigstens Herr Dr. Junck, der für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eintritt. Und wenn man ihm gegenüber ins Feld führt, daß zur Zeit der Zuchthausvorlage von Leipziger Nationalliberalen aus dieses Gesetz unterstützt wurde, so verschweigt man fein säuberlich einmal, daß Dr. Junck nicht zu diesem Kreis gehört hat und dann, daß die nationalliberale Fraktion im Reichstag, Bassermann voran, die Zuchthausvorlage aufs schärfste bekämpft hat.

Herr Lange mag darin Recht haben, daß eine Verstaatlichung und Kommunalisierung, wie wir sie bei gewissen Großbetrieben schon heute haben, man denke an Post, Eisenbahn, Straßenbahn, teilweise die Bergwerke usw., auch noch bei anderen Großbetrieben eintreten wird. Anhänger dieser Anschauung existieren aber auch in allen bürgerlichen Parteien, jedoch ganz und gar unabhängig von dem sozialistischen Endziel, das in völliger Verkennung der Wichtigkeit des Konkurrenzfaktors für jeden technischen Fortschritt alles verstaatlichen will, was an Produktionsmitteln vorhanden ist und damit jede wirtschaftliche Selbständigkeit vernichten will — eine Entwicklung, gegen die mit vollem Recht jeder strebsame Mann Front macht, der sich diese Selbständigkeit wahren oder erobern will.

Herr Lange ist an dieser Stelle seiner Rede zugleich beflissen an der Frage vorbeigegangen, wie er sich denn die politische Verwaltung der Zukunftsgesellschaft denkt. Das Bekenntnis zur sozialistischen Republik blieb er uns schuldig. Und doch weiß er so gut wie wir, daß er als sozialdemokratischer Kandidat dieses Glaubensbekenntnis haben muß. Er kann nicht nur ein Gegner unserer jetzigen Wirtschaftsordnung sein — er ist auch ein Gegner unserer Staatsordnung. Das Bekenntnis zu Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland — das für alle bürgerlichen Parteien die Grundlage ist — fehlt ihm und muß ihm fehlen. Sonst wäre er kein zielbewußter Sozialdemokrat. Und sein Schweigen über diese Fragen ist darum so beredt als hätte er hier offen Farbe bekannt.

Er ist auch an den Fragen der Wehrhaftigkeit des Reiches vorsichtig vorüber gegangen. Und doch spielen sie wahrlich im Reichstag eine so große Rolle, daß ihre Erörterung näher gelegen hätte, als Fragen der Landesgesetzgebung und der Gemeindeverwaltung. Aber Herr Lange kann hier gar nicht anders stehen als seine Partei, die „jeden Mann und jeden Groschen" verweigert.

Er überläßt seinen politischen Gegnern den Schutz des Vaterlandes. Er verweigert damit dem Reiche die Möglichkeit, dem Vaterland den Frieden zu sichern und im Fall eines Krieges diesen zum Schutz des Vaterlandes durchzuführen. Das ist Herrn Langes nationales Programm!!

Herr Lange hat dann die Kolonialpolitik gestreift. Er hält sie nicht für eine nationale Frage, sondern für eine Zweckmäßigkeitsfrage. Er sagt „rentieren sie (die Kolonien) sich, haben sie einen Wert, dann gut. Was es aber mit „national" zu tun hat, verstehe wer will". Das ist köstlich. Nach diesem Bekenntnis sollte man meinen, Herr Lange werde auch für die Kolonialforderungen stimmen. Denn daß sich Kolonien nicht von selbst rentieren werden, ohne daß man etwas in sie hineinsteckt — das ist doch wohl klar und durch die Geschichte der Kolonialpolitik aller Länder bewiesen. Aber Herr Lange hat sich weislich gehütet, zu sagen, er werde das tun. Er unterläßt also etwas, was nach seiner eigenen Anschauung eventuell gut wäre für unser Volk. Offen gestanden, da scheinen uns die Parteigenossen Langes, die jede Kolonialpolitik von vornherein verurteilen, doch etwas klarere und konsequentere Herren zu sein.

Endlich noch ein kurzes Wort gegen Herrn Langes Praxis, die Sozialdemokratie auf Kosten der anderen Parteien zu verherrlichen. Dafür nur ein Beispiel. Stolz rühmt er seine Genossen, daß sie Kunst und Wissenschaft schützen wollen und fragt dabei ganz naiv: „war es nicht die Sozialdemokratie, die vor einigen Jahren die berüchtigte Lex Heinze abgewehrt hat?" Ja — weiß denn Herr Lange nicht, daß wenn das Schicksal dieses Gesetzes von seiner Fraktion allein abhängig gewesen wäre, daß es dann mit gewaltiger Mehrheit zur Annahme gekommen wäre?! Genau so wie es auch der Zuchthausvorlage beschieden gewesen wäre, hätten nicht die liberalen Parteien — (bei der Zuchthausvorlage auch das Zentrum) — die Abwehr durchgesetzt! Die Sozialdemokratie stellte in beiden Fällen nur einen Bruchteil der entscheidenden Stimmen!

Aber das ist sozialdemokratische Praxis, sich Lorbeeren dort zu pflücken, wo andere auf sie viel größeren Anspruch haben! So macht man es, um die Verdienste der Sozialdemokratie herauszustreichen. Aber wo sie schwere nationale Schuld auf sich geladen hat, wie bei der Verweigerung alles dessen, was zu des Vaterlandes Schutz notwendig ist oder zu des Vaterlandes Vorteil und Ehre, wie bei der Kolonialpolitik — da geht man stillschweigend oder tändelnd darüber hinweg!

Herr Lange ist ein gelehriger Schüler dieser Praxis. Das hat seine Kandidatenrede in der Alberthalle bewiesen.

Die Wahlaussichten in Bayern.

(Von unserem Münchner Korrespondenten.)

Allmählich klärt sich auch die Lage in Bayern, wenn es auch noch immer der Mühe bedarf, um sich in dem Labyrinth widersprechender Nachrichten zurecht zu finden. So, wie die Dinge jetzt stehen, sehen sie sich erfreulicherweise keineswegs hoffnungslos an. Da ist vor allem mit berechtigtem Stolze hervorzuheben, daß die Liberalen aller Schattierungen den auf sie gesetzten Erwartungen voll entsprechen: Der Block ist auch für die Reichstagswahl, ohne daß es irgendwo besonderer Anstrengungen bedurft hätte, zustandegekommen. Mit einem zündenden Wahlprogramme haben die Münchner Liberalen den rechten Ton getroffen, indem sie nicht nur nationale, sondern auch echt liberale und volkstümliche Forderungen erhoben. Besonders glücklich für bayrische Verhältnisse wurde die Art des Kampfes gegen Zentrum und Sozialdemokratie in dem Satze umschrieben, daß die letztere wenigstens grundsätzlich Gegnerin aller Kolonialforderungen sei, während es sich beim Zentrum nur um einen erbärmlichen Rachakt gehandelt habe. Selbstverständlich soll mit dieser Unterscheidung nicht gesagt sein, daß nicht auch die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen mit aller Schärfe zu bekämpfen sei, allein eine gewisse Rücksichtnahme auf die Situation in Bayern und die kommenden Landtagswahlen wird dadurch doch ermöglicht. Zweifellos werden ja trotz aller Gegenversicherungen die Schwarzen und die Roten, wo die ersteren nicht bei den Hauptwahlen selbständig vorgehen — die Sozialdemokraten haben überall Kandidaten nominiert — bei den Stichwahlen sich wieder zusammenfinden; aber für die Landtagswahlen bleibt doch die Möglichkeit, fast möchte ich sagen, die Wahrscheinlichkeit einer wenigstens partiellen Vereinigung der Liberalen und Sozialdemokraten bestehen, wodurch allein der Uebermacht des Zentrums Abbruch geschehen könnte.

Bei der Betrachtung einzelner Wahlkreise ist zunächst die Opferfreudigkeit der liberalen Gruppen anzuerkennen. So verzichteten z. B. in Ansbach die National- bzw. Jungliberalen willig auf die Kandidatur des Vorsitzenden des jungliberalen Landesverbandes Hübsch-Nürnberg zugunsten des bekannten Demokraten Professors Quidde-München, der sich in den letzten Jahren durch unermüdliche Arbeit um die liberale Einigung große Verdienste erworben hat. In Ansbach handelt es sich allerdings nicht um den Gewinn eines nationalen Sitzes, aber der Liberalismus kann vielleicht die Konservativen verdrängen.

Dagegen gehört es nicht in das Reich der Unmöglichkeiten, daß die Liberalen, allerdings erst in der Stichwahl, den Wahlkreis München I, wo sie in dem rechtskundigen Magistratsrat Wölzl eine zugkräftige Kandidatur gefunden haben, wieder erobern. Diese Hoffnung gründet sich hauptsächlich darauf, daß die Mitglieder der Veteranen- und Kriegervereine, die sonst zumeist dem ultramontanen Heerbanner gefolgt sind, diesmal in patriotischem Empfinden den Gehorsam aufkündigen wollen. Anders denkt offenbar der bayrische Generalmajor a. D. Häußler-München; er hat sich, was als trauriges Kuriosum ohne jeden Kommentar niedrigst gehängt sei, für den Wahlkreis Neustadt-Kissingen vom — Zentrum aufstellen lassen.

Dank einer sehr glücklichen Wahl des Kandidaten, des Rechtsanwalts und Bankdirektors Meißner in Würzburg, darf dort der Liberalismus die Hoffnung hegen, den früher demokratisch vertretenen Wahlkreis dem Zentrum zu entreißen. Meißner, der auch von den Bauernbündlern unterstützt wird, dürfte dem linken Flügel der Nationalliberalen zuzurechnen sein. Auch in Augsburg, wo die Liberalen den Rechtsanwalt Thoma, der nicht mit dem „Simplizissimus"-Thoma zu verwechseln ist, nominiert haben, steht die Sache nicht aussichtslos; einer völlig schwarz-roten Koalition wäre man allerdings nicht gewachsen. Eine freilich vorläufig nur schwache Chance bietet sich dem Liberalismus auch im Wahlkreise Regensburg. Hier ist nämlich ein Zentrumskrieg ausgebrochen; man hört sogar schon von einem Schisma sprechen: Zwei Päpste stehen sich gegenüber. Der bisherige Vertreter, Frhr. von Pletten, soll zugunsten des Redakteurs der Regensburger „Morgenzeitung" Held, eines fanatischen Parteigängers Dr. Heims, abgelegt werden. Das will sich aber der Frhr. von Pletten und ein erheblicher Teil seiner bisherigen frommen Wähler nicht gefallen lassen, und so gibt es zwei Zentrumskandidaten. Die Parteileitung gibt sich selbstverständlich gewaltige Mühe, eine Einigung herbeizuführen.

Beim Bauernbunde und beim Bunde der Landwirte muß zwischen der Pfalz und, wie die Amtssprache so schön sagt, dem diesseitigen Bayern unterschieden, und hier wieder Oberbayern gesondert behandelt werden. In den fränkischen Provinzen haben die Agrarier, wo sie sich gegen die Liberalen in entschiedener Minderheit befinden, nur in Hof eine Sonderkandidatur (die den Liberalen auch schaden kann) aufgestellt, sonst aber sich zur Unterstützung der Liberalen bereit erklärt. In Oberbayern geht der Bauernbund dank seiner genialen Führung der Auflösung entgegen. Bekanntlich haben seine beiden Vertreter im Reichstage sich der antinationalen Mehrheit angeschlossen und das Münchner Parteiorgan bläst in das gleiche Horn. So erscheint es wenigstens als kein Verlust für die nationalen Parteien, wenn der Wahlkreis Pfarrkirchen an das Zentrum verloren gehen sollte, eine sehr ernst zu nehmende Eventualität. Der Wahlkreis Straubing aber konnte stets nur durch die Hilfe der Liberalen dem Bauernbunde zufallen. Die liberale Unterstützung wird diesmal selbstverständlich nur dann gewährt werden, wenn der Kandidat des Bauernbundes für die kolonialen Forderungen einzutreten verspricht.

Ein wahrer Rattenkönig der verschiedensten Meldungen ist immer wieder aus der Pfalz in die Welt gesetzt worden. Wie bestimmt verlautet, ist nunmehr auch dort eine Einigung zwischen dem Bund der Landwirte und den Nationalliberalen erzielt worden. Danach treten sie in Homburg-Zweibrücken und in Kaiserslautern-Kirchheimbolanden für die bündlerischen Kandidaten ein, im letzteren Wahlkreise für Dr. Woeste, wogegen der Bund der Landwirte in den übrigen vier Wahlkreisen die Liberalen unterstützt.

Weimarische „Kunstgeschichte".

Weimar, 13. Januar.

Im „stillen Weimar" ging es im vergangenen Jahre bisweilen recht lebhaft zu, so lebhaft, daß sich die breiteste Außenwelt mit den Ereignissen, die sich in dem durch die bis zum Ueberdruß betonte „Tradition" geheiligten Goethestädtchen abspielten, wiederholt und eingehend beschäftigte. Zu diesen geheiligten Ueberlieferungen gehörte weder die Rodin-Affäre, noch der Prozeß wegen der Kunst- und Handschriftendiebstähle und schließlich auch die wiederholten Betätigungen des Oberhofmarschalls Generalleutnants von Palezieux und dieser selbst nicht. Vor wenigen Tagen erst hat das „Leipziger Tageblatt" einen Aufsehen erregenden Artikel Maximilian Hardens aus der „Zukunft" an dieser Stelle auszugsweise wiedergegeben, der sich eingehend mit dem vielgenannten weimarischen Oberhofmarschall befaßt. Jetzt hat sich die „Post" bewogen gefunden, einem Artikel aus Weimar seine Spalten zu öffnen, der versucht, die Auslassungen der „Zukunft" über den weimarischen Höfling zu entkräften und unter Anführung von zwei ganz unwesentlichen chronologischen Irrtümern, aber unter vollständiger Uebergehung der Hauptsache, d. h. der Kennzeichnung des Verhaltens des Oberhofmarschalls in dem Ehrenhandel mit dem Grafen Kessler und dem Kabinettssekretär Freiherrn von Egloffstein, die angeführten Tatsachen in ihrem Wert herabzusetzen und in die Gebiete des Pamphlets zu verweisen. Nun, die Lage, in der sich gegenwärtig die Weimarischen Kunstverhältnisse befinden, ist, trotz aller schönfärberischen Gegenbeteuerungen und bezüglich ihrer Entstehungsursache und beabsichtigten Zweckdienlichkeiten unternommenen Ablenkungsversuche, die denkbar traurigste. Das wird nicht nur von der unabhängigen Tagespresse, sondern sogar von den maßgebenden Kunstzeitschriften und Fachblättern zugegeben. Die Affäre Hofmarschallamt-Künstlerbund wird in dem Artikel der „Post" so harmlos und natürlich erklärt, daß man glauben könnte, der Oberhofmarschall sei der erste und beste Freund dieser künstlerischen Vereinigung. Nach den zahlreichen Besuchen, die er der Ausstellung des Bundes im vergangenen Sommer abgestattet hat, kann man allerdings auf ein sehr intimes Verhältnis schließen. Soviel wir wissen, hat nämlich der erste Hofbeamte des Großherzogs die unter dem Protektorat des Großherzogs eröffnete und durchgeführte, von ca. 20 000 Personen besuchte Ausstellung überhaupt nicht besichtigt! Aber auch das ist kein großer Nachteil, denn die Künstlerbundangelegenheit hat, so betrübend die Begleiterscheinungen an und für sich sind, doch das eine Gute im Gefolge, daß ein Stein ins Rollen gelangt ist, an dem schon viele Kräfte vergeblich gerüttelt haben. Und diesen Stein werden auch keine noch so gearteten Beschönigungs- und Beruhigungsartikel der „Post" mehr aufzuhalten vermögen. Es kommt auch gar nicht darauf an, ob Herr von Palezieux in seiner übergroßen Liebenswürdigkeit und Nachsicht „davon absieht, eine Erklärung zu geben" oder die Kunstzeitschrift „Kunst und Künstler" zu verklagen — wie als bereits erfolgt gemeldet worden ist — die Hauptsache, um die es sich handelt, ist der Kompetenz Sr. Exzellenz bereits entzogen. Hier walten schon andere Kräfte.

Es dürfte in Weimar während der letzten 20 Jahre wohl kaum eine Persönlichkeit gegeben haben, mit welcher sich die öffentliche Meinung so oft, so eingehend und bis in die letzten Tage so intensiv beschäftigt hat, als wie diejenige des Herrn Generalleutnant von Palezieux-Falconnet, Exzellenz, Oberhofmarschall des Großherzogs Wilhelm Ernst. Auch die Welt außerhalb der Grenzpfähle des Großherzogtums hat sich diese zweifellos interessante Persönlichkeit nicht entgehen lassen, und in Erinnerung dürfte noch der von dem Oberhofmarschall gegen die „Staatsbürgerzeitung" vor einigen Jahren angestrengte Prozeß — auch die „Post" erinnert, allerdings von ihrem Standpunkt aus, daran — sein, in dem Herrn von Palezieux jüdische Abkunft nachgerühmt wurde; leider wurde das Verfahren nicht zu Ende geführt, sondern fand in einem Vergleich seinen Abschluß. Maximilian Harden erwähnt des weiteren eine „jüngliche Lotteriegeschichte", die nicht einmal seine Stellung gefährdete, trotzdem die Tatsache, daß ein gegen einen Beamten eröffnetes Strafverfahren ohne erkennbaren Grund eingestellt wurde, im Lande sehr böses Blut gemacht hatte und überall, ohne Angabe von Gründen freilich meist, in Privatgesprächen behauptet wurde, die Einstellung sei der Gnade (!!) des Oberhofmarschalls zu danken . . ." Nun, von dieser Lotteriegeschichte, in der Herr von P. eine nicht unbedeutende Rolle spielte und die ihre Wellen durch ganz Deutschland warf, erwähnt der Beschönigungsartikel in der „Post" kein Wort. Wenn auch der famose Silberschatz und Herr von Alleib usw. noch in guter Erinnerung stehen, so sind das immerhin „olle Kamellen" und wir können dies alles unberücksichtigt lassen, um so mehr, als die lebende Gegenwart überreichen Stoff zur Beurteilung der Weimarischen Kunstverhältnisse und des Waltens des Oberhofmarschalls bietet.

Was Weimar, die Künstler- und Bewohnerschaft, gegenwärtig in noch weit höherem Maße interessiert, als die Frage, wie sich der Oberhofmarschall zu dem Kardinalpunkt des Hardenschen Artikels, der Affäre Graf Kessler — v. Egloffstein, stellen wird, ist die weitere, wie sich die Verhältnisse der beiden Museen — von dem Goethe-Nationalmuseum ganz abgesehen — in Zukunft entwickeln werden und wie das Verhältnis zwischen dem Großherzog und dem Deutschen Künstlerbund sich gestalten wird.

Zunächst ein Wort über die Leitung der drei Museen. Als seinerzeit in der Presse gemeldet wurde, daß man (d. h. das Ministerium) beabsichtige, die Leitung des alten Museums, des Kunstgewerbemuseums und des Goethe-Nationalmuseums — das erste und letzte wurde vom Geheimen Hofrat Ruland, das zweite vom Grafen Kessler verwaltet — in einer Hand zu vereinigen und zur Bewältigung dieser Riesenleistung Geheimer Regierungsrat Professor Dr. von Oettingen-Berlin ausersehen sei, wurde sofort von der Regierung, bezw. Museumsleitung, welche damals noch dem Ministerium unterstand und von einem Ministerialbeamten interimistisch geleitet wurde, diese Meldung energisch dementiert. Ganz kurze Zeit nachher war die Sache in der von der Presse angedeuteten Weise geordnet, d. h. Professor Dr. Kötschau-Dresden war zu der Leitung dieser drei Institute auserlesen, derselbe Professor Kötschau, über dessen Scheiden von Dresden die gesamte sächsische Presse, vor allem die Dresdner, ganz untröstlich war, weil es kaum jemand gibt, der so ausgezeichnete Fachkenntnisse auf dem Gebiete der — Waffenkunde aufweist, als der Dresdner Gelehrte. Warum von Oettingen in letzter Stunde von der Uebernahme dieser drei Aemter zurückgetreten ist, darüber existieren nur Vermutungen, allerdings solche, die man nicht gern erörtert. Die enormen Fachkenntnisse Kötschaus auf dem Gebiete der Waffenkunde werden auch in Weimar vollauf gewürdigt, doch ob sie gerade zur Leitung des alten Museums und vor allem des Goethe-Nationalmuseums in hervorragendem Maße befähigen, möchten wir zunächst bezweifeln, denn in beiden bietet sich zur Betätigung nach dieser Richtung hin herzlich wenig Gelegenheit. Jetzt hat man das Kunstgewerbemuseum, in dem der Deutsche Künstlerbund seinen Sitz hatte, der Oberaufsicht des Staatsministeriums entzogen und ganz dem Hofmarschallamt zugewiesen. Somit hat jede staatliche Kontrolle über dieses Institut aufgehört. Wenn Herr von Palezieux, wie in dem Artikel der „Post" hervorgehoben wird, auch bisher bereits dem Kuratorium neben dem Vorsitzenden Grafen Kessler und dem Staatsministerium angehörte, so verdient vor allem jetzt die weitere Tatsache Erwähnung, daß er als oberster Hofbeamter und als die dem Großherzog zunächststehende Vertrauensperson Alleinherrscher ist. Wenn in dem Verhimmelungsartikel gesagt wird, daß Herr von Palezieux ein „kenntnisreicher,